

für der Saar seither praktisch nur noch in Moskau – deutlich formuliert von Stalin anlässlich der dortigen Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947.

Nach der Gründung des Saarstaates und der Umsetzung der Währungs- und Zollunion, vor allem aber nach der Gründung der Bundesrepublik verlagerte sich die französische Politik schließlich auf die Wahrung der bestehenden politischen Verhältnisse, während gerade die wirtschaftliche Dimension der saarländisch-französischen Beziehungen zunehmend hinterfragt wurde. Diese neue Strategie erzielte jedoch kaum Erfolg. So stellte die – im Juli 1950 erfolgte – gleichzeitige Aufnahme des Saarlandes und der Bundesrepublik als assoziierte Mitglieder in den Europarat allenfalls einen Teilerfolg, wenn nicht sogar eine Niederlage der französischen Diplomatie dar.²³ Zwar hatte man sich gegen die Widerstände von britischer und bundesdeutscher Seite durchsetzen können. Dass sich derartige Probleme aber überhaupt in diesem Umfang stellten, enttäuschte all jene, welche die Situation an der Saar – wie sich jetzt zeigen sollte zu Unrecht – für stabil gehalten hatten. Darüber hinaus weckte die Debatte internationalen Widerspruch gegen die politischen Zustände im Saarland und stärkte dadurch vor allem in der Bundesrepublik die Kritiker der französischen Politik.²⁴

Mit weiteren Komplikationen verbunden war die Frage nach einer Mitgliedschaft des Saarlandes in der Montanunion. Offenbar hatte Robert Schumans bei seinem Aufruf zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die entsprechenden Rückwirkungen auf die französische Saarpolitik nicht vollständig durchdacht. Außenpolitische Argumente sprachen dafür, eine eigenständige Mitgliedschaft der Saar anzustreben. Aus ökonomischer Sicht hatte die Zusammenarbeit mit der Saar durch die Harmonisierung und Verbesserung der Kohleverversorgung stark an Bedeutung verloren. Damit rückte für Frankreich die Wahrung der außenpolitischen Kontrolle über die Saar wieder in den Mittelpunkt. Eine Kompromisslösung, die für den Beitritt des Saarlandes zur EGKS eine eigene, allerdings von Frankreich geleistete Unterschrift unter den Montanunion-Vertrag vorsah, konnte nicht durchgesetzt werden. Sowohl Gilbert Grandval als auch die saarländische Landesregierung, die beide auf eine eigenständige Mitgliedschaft der Saar gesetzt hatten, machten aus ihrer Enttäuschung keinen Hehl. Die Bundesrepublik wiederum hatte gegenüber der Pariser Regierung keinen Zweifel daran gelassen, dass ihre Zustimmung zur faktischen Einbeziehung der Saar auf keinen Fall als Anerkennung der bestehenden rechtlichen Verhältnisse zu verstehen war. Zudem verloren innerhalb der Pariser Regierung die Befürworter der bisherigen Saarpolitik wichtige wirtschaftspolitische Argumente.

Eine neue Etappe der französischen Saarpolitik wurde im Januar 1953 eingeleitet, als Ministerpräsident René Mayer die französische Zustimmung zur Gründung

²³ Vgl. Quelle Nr. 40.

²⁴ Vgl. Quelle Nr. 41.